



Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 207-2016
Vorstossart: Interpellation
Richtlinienmotion:
Geschäftsnummer: 2016.RRGR.971

Eingereicht am: 30.10.2016

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Gasser (Bévilard, PSA) (Sprecher/in)
Amstutz (Corgémont, Grüne)
Gsteiger (Eschert, EVP)
Bernasconi (Malleray, SP)
Sauvain (Moutier, PSA)
Hirschi (Moutier, PSA)
Dunning (Biel/Bienne, SP)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Ja
Dringlichkeit gewährt: Ja 24.11.2016

RRB-Nr.: vom
Direktion: Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat:



Wer will der Solarenergie an den Kragen?

Die Medien haben vor kurzem über einen skandalösen Entscheid der BKW berichtet. Der Verwaltungsrat der BKW hat beschlossen, die Vergütung für die Stromeinspeisung kleiner Fotovoltaikanlagen um über 60 Prozent zu senken.

Dieser Beschluss könnte für viele Landwirtschaftsbetriebe, die ihre Gebäude mit solchen Anlagen ausgerüstet haben, verheerende Folgen haben. Die Abschreibungsdauer für diese Investitionen verlängert sich dadurch nämlich von rund zwanzig Jahren auf fast 50 Jahre!

Unverständlich ist dieser Beschluss auch, weil der Atomausstieg beschlossene Sache ist und man alles daran setzen muss, um die auf erneuerbaren Energien beruhende Stromproduktion zu fördern.

Es ist allerdings nicht das erste Mal, dass der BKW-Verwaltungsrat nicht nachvollziehbare Entscheide trifft. Man erinnere sich beispielsweise an die vor kurzem erfolgte Umbenennung des

Unternehmens, bei der auf die französische Abkürzung verzichtet wurde – und dies, obwohl der Kanton Bern seine Zweisprachigkeit zu fördern versucht.

Der Regierungsrat wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Wurde der Regierungsrat vorgängig über die Absichten der BKW offiziell informiert?
2. Stimmt der Regierungsrat diesem Entscheid zu?
3. Kann dieser Entscheid ausgesetzt werden?
4. Wie könnte sich der Grosse Rat diesem Entscheid widersetzen?
5. Ist die Regierung – sollte der Entscheid unwiderruflich sein – bereit, Massnahmen zu ergreifen, um die negativen Folgen für Kleinproduzenten zu begrenzen?

Begründung der Dringlichkeit: Eine Gesetzesrevision befindet sich in der Vernehmlassung.

Verteiler

- Grosser Rat